

Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verkehr
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Samstagshefte
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 32.

Donnerstag, 7. Februar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßburg, bei Postbestellung sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kakanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Sonnabend, den 9. Februar 1895, Vorm. 11 Uhr,

kommen im Hotel zum „Kronprinz“ hier 7 Kinderjackets, 200 Winter- und 63 Stoffmützen und 12 Pelzmäntel gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.
Riesa, 5. Februar 1895.
Der Ger.-Vollz. des Rgl. Amtsger.
Selv. Eibam.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Absicht, den Antrag Rantig im Reichstage sofort einzubringen, ist wiederum aufgegeben worden, weil die Verhandlungen im Staatsrath über diese Frage abgewartet werden sollen.

Wie man aus parlamentarischen Kreisen mittheilt, ist die Regierung bereit, auf eine Revision der Währungsverhältnisse einzugehen, wenn sich für die beabsichtigte Aenderung eine Mehrheit im Laufe findet. Diese Bedingung ist ein genügend großes Fragezeichen.

Aus Riga wird gemeldet: Eine große Anzahl in Russland bestehender Vereine von Angehörigen des Deutschen Reichs wird dem Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstag eine gemeinsame Adresse und eine Ehrengabe überreichen. Der Rigaer Verein wird außerdem einen Bismarckfonds stiften, dessen Zinsen zu wohltätigen Zwecken verwendet werden sollen.

Die „Post“ theilt mit: Die von England, Deutschland und Amerika eingesetzte Landkommission für Samoa hat ihre Arbeiten beendet. Die deutschen Ansprüche sind fast durchweg anerkannt worden, während die Hauptforderungen der Engländer und Amerikaner nur in den bescheidensten Grenzen Berücksichtigung erfahren konnten. Das den Deutschen zugewiesene Terrain ist weit kulturfähiger, als das den Engländern und Amerikanern zugewiesene Gebiet.

Wie ein Berliner Richterstrasse berichtet, hat dem Vernehmen nach das eingeleitete Ermittlungsverfahren hinsichtlich der vorzeitigen Anklage antiker Schriftstücke im „Borwick“ kein Ergebnis gehabt, welches zu einer strafrechtlichen oder wenigstens disciplinären Verfolgung eine Grundlage böte. Es hat sich, wie man hört, nicht einmal sicher feststellen lassen, an welcher Stelle der Bericht erfolgt sein könnte, ob bereits im Schlosse oder Ministerium oder aber in der Druckerei des „Reichsanzeigers“. Wie der Richterstrasse weiter mittheilt, ist die Meldung, daß als Urheber jenes Zeitels, welcher parlamentarischen und publizistischen Kreisen den dem Fürsten hohenlohe angeborene Ertrag seines Gehaltsausfalles verriet, ein untergeordneter Subalterner entdeckt worden sei, unrichtig. Auch die Ermittlungen über diese Angelegenheit seien im Sande verlaufen, und über widerspruchsvolle Vermuthungen hinsichtlich des Urhebers und des wahrscheinlichen Vermittlers sei man dabei nicht hinausgekommen.

Freiherr v. Stumm ist nach der „R. Z.“ nach Friedrichruh gereist, um dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten. In der letzten Versammlung der griechischen Staatsgläubiger waren an 47 1/2 Millionen Mark griechischer Staatspapiere vertreten. Ein Redner der sogenannten freien Vereinigung theilte mit, daß letztere den Kaiser um Schutz ihrer Interessen gebeten habe. Gegen das Bankensortium wurden schwere Vorwürfe wegen Einführung der griechischen Papiere ausgesprochen. Die Ablehnung der Trikupischen Vorschläge vom 22. Juni 1894 erfolgte einstimmig. In einer Resolution wird das Schutzcomité ersucht, darauf hinzuwirken, daß das Deutsche Reich auf einem, der jeweiligen Leistungsfähigkeit Griechenlands entsprechenden Abkommen mit den Gläubigern bestehe.

Aus München meldet man der „Post“: Eine sozialdemokratische Versammlung, die am Montag im Orpheum stattfand, nahm nach einer zweistündigen Rede des Abgeordneten Grillenberger über die Haltung des Centrums der Umsturzvorlage gegenüber eine Resolution an, die das Verhalten der „volks- und freisheitsfeindlichen“ Centrumspartei „verurtheilt“ und den Kampf mit allen erlaubten Mitteln zu deren Unschädlichmachung anknüpft.

Die „Post“ demontirt die Nachricht, daß Deutschland neuerdings einer Action der drei Großmächte Großbritannien, Frankreich und Rußland zur möglichsten Beschleunigung der Friedensverhandlungen zwischen Japan und China sich angeschlossen hätte.

Vom Reichstag. Der Reichstag beschloß gestern die Einstellung des gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten

Schmidt (Frankfurt) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session. — Es folgte sodann die Interpellation der Abg. Dipe (Str.) und Genossen, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeiterkammern. Abg. Dipe (Str.): Wir rüsten stolz sein auf unsere Sozialgesetzgebung, müßten aber auf dem beschrittenen Wege weitergehen mit derselben Energie und Weisheit, wie bisher. Die Versicherungsgeetze entsprächen nicht allen Bedürfnissen. Die Arbeiter sollten nicht bloß auf die Initiative des Staates und der Arbeitgeber rechnen, sondern auch zur Selbsthilfe veranlaßt werden. Gesetzlich anerkannte Berufsvereine sowie Arbeiterkammern würden in dieser Hinsicht viel Nutzen bringen. Der Reichskanzler beantwortete die Interpellation dahin, daß diese Frage generell noch nicht im Bundesrath behandelt worden sei; in dessen sei die preussische Regierung, über deren Aufassung allein zur Zeit Aussicht gegeben werden könne, entschlossen. Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 zur Durchführung zu bringen; eine baldige Vorlage über die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeiterkammern sei nicht möglich, weil die Vorarbeiten noch nicht weit genug vorgeschritten seien. Abg. Müller (natlib.): Unsere sozialpolitische Gesetzgebung und Organisation werde im Auslande sehr anerkannt. Das Programm des Abg. Dipe aber würde einerseits zur Herrschaft der Parteien führen, welche die Arbeiter beherrschen, andererseits zur Beherrschung der Arbeitgeber. Insbesondere sei in der gesetzlichen Bevorzugung der Gewerksvereine kein Segen zu finden. Die Arbeiterversicherung belaste die Industrie sehr bedeutend; wir könnten auf diesem Gebiete nicht ungemessen ins Weite gehen. Abg. Fischer (Soz.): Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 seien von der Regierung nicht verwirklicht worden, und auch in Zukunft sei keine Verwirklichung zu erhoffen. Die Regierung habe nur das Interesse der Arbeitgeber im Auge. Die Sozialdemokratie glaube weder an die schnelle noch an die Möglichkeit der herrschenden Klassen, die Sozialreform durchzuführen; die bisherigen Maßnahmen seien für sie nur ein Mittel, die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken. Preussischer Handelsminister Freiherr v. Berlepsch hob hervor, daß eine große Zahl von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern auf Veranlassung sozialdemokratischer Agitatoren entstanden sei. Die sozialpolitischen Geetze erschienen den Sozialdemokraten nützlich, nicht weil diese Geetze den Arbeitern zum Wohle gereichten, sondern weil die Sozialdemokratie die geschaffenen Institutionen zur Stärkung ihrer Agitation mißbrauche. Daß in der völligen Verwirklichung der kaiserlichen Erlasse eine Verzögerung eingetreten, sei nicht, wie der Redner behauptet habe, dem Umstande zuzuschreiben, daß sich die Regierung in den Dienst der Unternehmer stelle; die Verzögerung erkläre sich vielmehr aus dem Gebot der Vorsicht, nicht ein Gesetz zu machen, ehe es nach der Richtung geprüft sei, ob dadurch nicht etwa die sozialdemokratische Agitation getrübt werde. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) sprach sich gegen die Vorschläge der Interpellanten aus, weil dadurch der sozialdemokratischen Agitation Vorschub geleistet werden würde.

Italien. Bei Campagna (Prov. Salerno) fand ein Zusammenstoß zwischen einer Carabinieri-Patrouille und Raubgefindel statt. Zwei Briganden wurden erschossen, aber auch ein Gendarm wurde durch einen Schuß in ein Auge schwer verwundet.

Schweiz. Bezüglich der Gerüchte über die angeblich vom Eisenbahndepartement im Bundesrath eingebrachte Vorlage, betreffend die Verstaatlichung von Eisenbahnen, erklärt die „Agence télégraphique“, daß eine solche Vorlage zur Zeit noch nicht bestehe; die diesbezüglichen Arbeiten des Departements seien zwar ziemlich vorgeklärt, aber keineswegs abgeschlossen. Der Departementsvorsteher habe über seine Vorschläge und Absichten in der Verstaatlichungsfrage Niemandem gegenüber irgendwelche Mittheilungen gemacht.

Stöder in Dresden.

Wenn auch der Nimbus, welcher den vielgefeierten und oft geschmähten Streiter der christlich-sozialen Partei umgeben, etwas geschwunden ist, so hatte doch der Name dieses Redners noch genug Anziehungskraft, um am Mittwoch Abend den Saal und die Nebenräume des Weinhold'schen Establishments lange vor der festgesetzten Zeit zu füllen und Viele mußten wieder umkehren, da die vorhandenen Plätze vergriffen waren. Unter den Zuhörern befanden sich viel Damen und es mußte besonders Wunder nehmen, daß eine so große Anzahl älterer Frauen sich für politische Zeitfragen interessirten.

Der Redner sprach im Anfange seiner Darlegungen sein Erstaunen aus, daß im vorigen Jahre die Regierung auf einmal ein Gesetz gegen den Umsturz vorgelegt, da doch bei uns Nichts geschehen sei, was derartige Maßregeln rechtfertigte. In Deutschland könnte der Anarchismus nie die Bedeutung gewinnen wie anderwärts; da die Sozialdemokratie zu verbreitet sei, und die starke Reichstagsfraktion dieser Partei, sowie die ungehinderte Aussprache im Reichstage und in der Presse den Ausbruch der anarchischen Leidenschaften hinderten? Deutschland sei allerdings schlimmer daran als z. B. Rußland, dessen Rühmlichkeit Kunde auf höchstens 20—30 Tausend schätzen, und die aus Gelehrten, Offizieren, Beamten und besonders Juden beständen, denn diese letzteren wären überall zu finden, wo es etwas zu unterwählen gäbe. Auch in Frankreich hätten sich schreckliche Ereignisse abgespielt, deren Veranstalter aber eine immerhin geringe Zahl Anarchisten seien. Der französische Bürger und Landmann sei friedliebend, lasse sich allerdings leicht von den sozialistischen Ideen fortreißen, deren Träger in den großen Städten ihren Aufenthalt hätten. Bei uns habe die sozialdemokratische Bewegung vor 20 Jahren einen viel gefährlicheren Charakter gehabt, ohne daß man damals eingeschritten sei. Zu dieser Zeit habe die christlich-soziale Partei ihr Banner aufgerollt. Das dann entstandene Sozialistengesetz hält Redner für einen Fehler. Nach der Aufhebung, im Jahre 1890 sei die soziale Partei viel besonnener geworden und dies verbanden wir dieser Aufhebung, die eine große staatsmännliche That unseres Kaisers sei, und die Sozialisten wüßten es ihm auch Dank (?) Ein ausländischer hochgestellter Sozialist soll gesagt haben: Kaiser Wilhelm verdirbt uns die Revolution. Trotzdem die Sozialdemokraten auf dem besten Wege gewesen seien, eine friedliche Partei zu werden, sei auf einmal die Kriegserklärung durch Einbringung der Umsturzvorlage erfolgt. Die Partei sei zwar der Jah., nicht aber dem Geiste nach gewachsen, das sehe man schon daraus, daß ein Jude, Singer, an der Spitze stünde. Es wäre dies ein Widerspruch mit den Parteiprinzipien, denn Singer sei Capitalist und als Arbeitgeber berichtigt. Wir könnten allerdings damit zufrieden sein, denn wie bisher jeder Jude seine Partei zuliebt, werde es auch Singer mit der sozialdemokratischen Partei machen, und auf eine Barrikade würde derselbe nie steigen. Für uns liege die ungeheure Gefahr darin, daß, nachdem die Judenpresse dem Volke allen moralischen Halt geraubt, es der sozialdemokratischen Presse ein leichtes sei, das unterwühlte Gedäude über den Haufen zu werfen. Redner will die soziale Gesetzgebung weiter ausgebaut wissen, verlangt, das der Arbeitgeber mehr Fühlung mit den Arbeitern nehme, hoffe durch eine Umänderung unres. Wahlgesetzes und corporativer Gliederung der Wähler, die nur Candidaten aus ihrer Mitte aufstellen dürften, ein Eindämmen der Sozialdemokratie. Die Noth der Kleingewerbetreibenden und die mißliche Lage der Landwirtschaft berührend, verlangte Redner zum Schluß, daß die Regierung sich dem christlich-sozialen Gebiete zuwende und besonders der Judenwirtschaft die Spitze böte, ermähnt aber, die Treppe von oben herunter zu lehren. Stöder ist Idealist, er glaubt wie jeder Theolog, durch Belehrung der Massen und gutes Beispiel von oben verbunden mit wahrhaft christlicher Nächstenliebe alles zu erreichen. Ob dies möglich? diese Frage dürfte je nach dem Standpunkte des Fragestellers verschieden zu beantworten sein.